

Datenschutzhinweise
der In-der-City-Bus GmbH (ICB)
für die Verarbeitung von Daten
im Rahmen des Hinweisgeber-Systems
der In-der-City-Bus GmbH (ICB)

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?

Verantwortlicher ist:

In-der-City-Bus GmbH (ICB)
Am Römerhof 27
60486 Frankfurt am Main
E-Mail: info@icb-ffm.de

Sie erreichen unseren betrieblichen Datenschutzbeauftragten unter:

Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH)
Datenschutzbeauftragter
Kurt-Schumacher-Straße 8
60311 Frankfurt am Main
E-Mail: datenschutz@stadtwerke-frankfurt.de

2. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir bzw. die von uns eingerichteten internen ausgelagerten Meldestellen verarbeiten personenbezogene Daten, die wir bzw. die o.g. Meldestellen im Rahmen des Hinweisgeber-Systems der In-der-City-Bus GmbH von Ihnen erhalten. Zudem werden personenbezogene Daten, die wir bzw. die Meldestellen von sonstigen Dritten zulässigerweise erhalten, verarbeitet.

Relevante personenbezogene Daten sind: Name, Vorname, Anschrift, Kommunikationsdaten (Telefon, E-Mail), sowie sonstige personenbezogene Daten, die im Rahmen von Hinweisen über Risiken oder Fehlverhalten insbesondere zu wirtschaftskriminellen Handlungen und anderen Straftaten oder schwere Unregelmäßigkeiten sowie Menschenrechts- oder Umweltverletzungen bei der ICB bzw. entlang der Lieferkette mitgeteilt werden.

3. Wofür und auf welcher Rechtsgrundlage verarbeiten wir Ihre Daten?

Die personenbezogenen Daten werden im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) verarbeitet, für:

3.1 Datenverarbeitung zur Erfüllung von gesetzlichen Pflichten

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt im Rahmen des Beschwerdeverfahrens gemäß § 8 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) sowie zur Erfüllung der Aufgaben der internen Meldestellen gemäß §§ 11, 13, 16 – 18 Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG). Zudem ergibt sich die Befugnis zur Verarbeitung personenbezogener Daten aus § 10 HinSchG.

3.2 Datenverarbeitung im Rahmen der Interessenabwägung

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre Daten zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten, wie beispielsweise in den folgenden Fällen:

Verhinderung und Aufklärung von Straftaten und Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten.

3.3 Datenverarbeitung aufgrund Ihrer Einwilligung

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke erteilt haben, beruht die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf der Basis Ihrer Einwilligung. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden.

Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

4. Wer bekommt Ihre Daten?

Innerhalb der ICB erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, welche diese im Rahmen des Hinweisgeber-Systems benötigen, um den Hinweis hinsichtlich seiner Stichhaltigkeit zu prüfen und bei Bedarf Maßnahmen einzuleiten. Dies gilt auch für die internen Meldestellen. Auch von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter und Dienstleister können zu diesen genannten Zwecken Daten erhalten.

Informationen über Sie dürfen wir nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies vorschreiben, Sie eingewilligt haben oder wir

zur Erteilung einer Auskunft befugt sind. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z. B. öffentliche Stellen und Institutionen bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung sein. In diesem Zusammenhang ist auch eine Weitergabe Ihrer Daten an Strafverfolgungsbehörden möglich.

5. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer von drei Jahren nach Abschluss des Verfahrens, soweit es sich um einen Anwendungsfall des HinSchG handelt.

Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch und der Abgabenordnung ergeben und zwei bis zehn Jahre betragen. Außerdem sind auch gesetzliche Verjährungsfristen zu beachten, zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Regel 3 Jahre, die in gewissen Fällen aber auch bis zu dreißig Jahre betragen können.

6. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums – EWR) ist nicht geplant und nicht beabsichtigt.

7. Welche Datenschutzrechte haben Sie?

Sie können Auskunft darüber verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten von Ihnen bei uns gespeichert sind.

Nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen können Sie folgende weitere Rechte geltend

machen: Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung für bestimmte Zwecke), Beschwerde bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde sowie Datenübertragung.

8. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Es besteht keine Pflicht zur Bereitstellung von personenbezogenen Daten.

9. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Wir nutzen grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

Einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DSGVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der DS-GVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihren Interessen, Rechten und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.